

Vilgis, Sabine

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die heutige Sitzung und stellt vor Beginn der Beratungen die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Hiergegen werden keine Einwände erhoben.

Tagesordnung:

1. Kursorische Lesung
 - a) der Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan für das Jahr 2007
 - b) des Finanzplanes für das Jahr 2006 – 2010
 - c) des Investitionsplanes 2006 – 2010
 - d) des Waldwirtschaftsplanes
2. Antrag der CDU-Fraktion auf Wiederaufnahme der kostenlosen Anlieferung von Elektro- und Elektronikgeräten bei den städt. Sammelstellen in Lampertheim-Mitte und im Stadtteil Hofheim
3. Vorstellung und Behandlung eingegangener Anträge
4. Mitteilungen und Anfragen
- 4.1 Anfrage des Stadtv. Bittner bzgl. der Umsetzung des Antrags des Bündnisses Zukunft Lampertheim auf Veröffentlichung von Sitzungsunterlagen im Internet (STVV vom 15.07.2005, TOP 7.1)

1. **Kursorische Lesung**
 - a) der Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan für das Jahr 2007**
 - b) des Finanzplanes für das Jahr 2006 – 2010**
 - c) des Investitionsplanes 2006 – 2010**
 - d) des Waldwirtschaftsplanes**

Die Unterlagen zu diesem Tagesordnungspunkt sind den Ausschussmitgliedern zugegangen.

Vor Beginn der Lesung geht **Bürgermeister Maier** darauf ein, dass die Kreisumlage jetzt doch nicht um 1,75 % erhöht wird. Dies bedeutet für die Stadt Lampertheim Wenigerausgaben in Höhe von rund 440 TEUR. Dementsprechend vermindert sich dann auch das Defizit des VWH.

Der **Stadtv. Hahn** nimmt Bezug auf S. 24 des HHPL, wo die Erstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes gem. § 92 HGO aufgrund der Haushaltslage als zwingend notwendig erachtet wird. Er bittet den Bürgermeister hierzu um nähere Ausführungen. **Bürgermeister Maier** teilt mit, dass man sich verwaltungsmäßig schon mit der Problematik auseinandergesetzt hat. Ein erstes Konzept wird zurzeit erstellt, so dass in nächster Zeit auch der AK Haushaltskonsolidierung einberufen werden könnte. Der **Stadtv. Bittner** erkundigt sich, wie der AK Haushaltskonsolidierung aufgebaut ist, woraufhin **Bürgermeister Maier** mitteilt, dass es sich hierbei um eine interfraktionelle Gruppe handelt. Der **Stadtv. Hahn** möchte gerne wissen, wie die Ersatzzuführung funktioniert. Dies wird ihm seitens des **Bürgermeisters** erläutert.

Der Vorsitzende schlägt vor, dass man mit der kursorischen Lesung ab S. 50 des Haushaltsplanes beginnen sollte. Hiergegen werden keine Einwände erhoben.

Zu den nachfolgend aufgeführten Positionen werden von den Stadtv. Hahn, Kirsch, Bittner, Plenert, Jacobi, Otten, Klingler Anfragen gestellt, die von

Bürgermeister Maier, Ersten Stadtrat Dr. Vonderheid, Herrn Meister, Herrn Beisel, Herrn Scherer sowie Herrn Nickel beantwortet werden.

S. 52 *„Lärmschutzbeauftragter“*

Stadtv. Hahn ist nicht damit einverstanden, dass hierfür eine Fremdvergabe vorgesehen ist. Die Aufgaben eines Lärmschutzbeauftragten sollten durch einen städt. Bediensteten wahrgenommen werden. Bürgermeister Maier merkt an, dass dies keine Aufgabe ist, die man einfach so nebenher erledigen kann. Ferner sind die Personalressourcen der Verwaltung ausgereizt. **Erster Stadtrat Dr. Vonderheid** teilt mit, dass versch. Angelegenheiten, die mit Lärmschutz zusammenhängen (z. B. Lärmschutz bei Bebauungsplänen etc.) sowieso schon von der Verwaltung erledigt werden. In dem damaligen Antrag sind jedoch weitere Aufgaben aufgeführt, für die keine entsprechenden Ressourcen vorhanden sind. Um einen Überblick darüber zu erhalten, was die Stadt Lampertheim bisher schon für den Lärmschutz macht, schlägt **Stadtv. Plenert** vor, dass die Verwaltung eine entsprechende Übersicht erstellen sollte, aus der hervorgeht, was in dieser Hinsicht schon alles geschieht.

„Leasingkosten für die technischen Anlagen der Verwaltung“

Stadtv. Bittner erkundigt sich hierbei, ob es sich um ein sog. „Kaufleasing“ handelt. Dies wird seitens Herrn Meister bejaht.

S. 54 *„Funktionsgebäude Weidweg 4“*

Stadtv. Bittner möchte gerne wissen, was sich hinter dem Begriff „Funktionsgebäude“ verbirgt. Dies wird ihm durch Bürgermeister Maier erläutert.

S. 55 *„Parkhaus Domgasse“*

Stadtv. Kirsch fragt an, weshalb sich bei dem Parkhaus in der Domgasse eine Steigerung der Personalausgaben ergibt. **Bürgermeister Maier** teilt hierauf mit, dass ein Mitarbeiter des Parkhauses schon längere Zeit krank ist und es nicht absehbar ist, wann er wieder im Dienst erscheinen kann. Aufgrund dessen hat man einen Mitarbeiter des Bauhofes dorthin versetzt, wodurch sich die Personalsollkosten-Steigerung ergibt. Auf Nachfrage des **Stadtv. Bittner** teilt **Bürgermeister Maier** mit, dass nicht absehbar ist, bis wann der kranke Mitarbeiter seinen Dienst wieder aufnehmen kann. Seine Stelle muss jedoch vorgehalten werden.

S. 56 *„Kläranlage“*

Stadtv. Kirsch möchte gerne wissen, wie der aktuelle Sachstand ist bzgl. des in der Kläranlage aufgetretenen Störfalles.

Erster Stadtrat Dr. Vonderheid teilt hierauf mit, dass das Verfahren bisher noch nicht abgeschlossen ist und noch ein Gespräch aussteht. Den entstandenen Schaden beziffert er auf rund 50.000 €.

Wenn alle Gespräche geführt worden sind, wird er den Fraktionen einen entsprechenden Sachstandsbericht geben.

S. 57 *„Kostenrechnende Einrichtung Bestattungswesen“*

Bürgermeister Maier geht auf den Zuschussbedarf bei der o. g. kostenrechnenden Einrichtung ein. Von Seiten der Verwaltung werden momentan Vorschläge für eine Neufassung der Friedhofsgebührensatzung erarbeitet, um diesen Zuschussbedarf zu verringern.

S. 59 *„Konzessionsabgaben aus der Stromversorgung“*

Der **Stadtv. Otten** möchte wissen, warum die Zahlungseingänge hierbei rückläufig sind. **Herr Meister** teilt mit, dass die durchlaufende Strommenge rückläufig ist, so dass deshalb weniger Geld entrichtet werden muss. Auf Anfrage des **Stadtv. Hahn**, wer für die Regelung der Höhe der Konzession zuständig ist und ob man diese erhöhen kann, teilt **Bürgermeister Maier** mit, dass die Kommunen hierbei keine Handhabe haben, da die Höhe der Konzessionsgebühren gesetzlich geregelt ist.

S. 60 *„Biedensand-Bäder GmbH“*

Der **Stadtv. Klingler** fragt an, ob es möglich ist, eine Einzelaufstellung über den Zuschussbedarf in Höhe von 520.000 € zu bekommen. **Erster Stadtrat Dr. Vonderheid** erläutert daraufhin, wie sich die Kosten zusammensetzen. Anschließend erkundigt sich der **Stadtv. Klingler** nach dem Wirtschaftsplan für das Jahr 2007, woraufhin ihm mitgeteilt wird, dass dieser derzeit erstellt und am 15.12.2006 von der Gesellschafterversammlung der Biedensand-Bäder GmbH beschlossen wird. Auf Anfrage des **Stadtv. Hahn** erläutert **Erster Stadtrat Dr. Vonderheid** die internen Verrrechnungen beim Personal der Biedensand-Bäder GmbH. Im weiteren Verlauf der Diskussion wird durch **Stadtv. Otten** auch die Herstellung von Effizienz in einem Unternehmens angesprochen. Ferner wird darüber diskutiert, ob man evtl. die Eintrittsgelder erhöhen sollte, um den Zuschussbedarf geringer zu halten. Der **Stadtv. Ohi** stellt klar, dass es sich bei den beiden Schwimmbädern um eine freiwillige Leistung der Stadt Lampertheim handelt. Da die SPD-Fraktion Bedenken über die Höhe des geplanten Zuschusses geäußert hat, sollte sie sich seiner Meinung nach überlegen, ob sie über eine Erhöhung der Eintrittspreise dem Ganzen entgegenwirken will. Dann müsste sie jedoch einen entsprechenden Antrag stellen. Abschließend erkundigt sich der **Stadtv. Klingler** nach dem derzeitigen Zinssatz, den die Verwaltung für aufgenommene Kredite bezahlen muss. Dies wird ihm von **Herrn Meister** mitgeteilt.

S. 61 *„Mülldeponie“*

Stadtrat Bittner erkundigt sich nach den Ablagerungsgebühren bei der Mülldeponie. Dies wird ihm von **Herrn Meister** erläutert.

S. 62 *„Programm für die Softwareverteilung“*

Der **Stadtv. Bittner** erkundigt sich nach dem erforderlichen Programm für die Softwareverteilung. Der Sachverhalt wird ihm von **Herrn Nickel** erläutert.

„Stationäre Geschwindigkeitsmessanlagen“

Der **Stadtv. Kirsch** fragt an, ob die Radaranlagen wirklich ersetzt werden müssen. Dies wird seitens des **Bürgermeisters** bejaht.

S. 65 *„Darlehen an den Kreis Bergstraße für den Ausbau der K 3“*

Der **Stadtv. Hahn** möchte wissen, wie es sich mit dem o. g. Darlehen verhält. Dies wird ihm seitens des **Ersten Stadtrats** erläutert.

„Buswartehallen“

Der **Stadtv. Plenert** erkundigt sich, ob die Buswartehallen der Stadt Lampertheim „gehören“. Dies wird von **Bürgermeister Maier** bestätigt.

S. 66 *„Bodensanierung im Stadtteil Neuschloß“*

Der **Stadtv. Kirsch** möchte wissen, ob bisher von den Leitungsträgern, die sich an der Sanierung beteiligen, Gelder eingegangen sind. **Herr Scherer** teilt ihm daraufhin mit, dass die Leitungsträger in die Verhandlungen der Stadt mit der HIM-ASG eingebunden sind. Sie müssen sich jedoch nur dann an den Kosten beteiligen, wenn sie auch etwas tun. Wenn eine Leitung jedoch in einer bereits „gereinigten Trasse“ liegt, dann entfällt die Kostenbeteiligung. Ferner ist es so, dass an Stellen, bei denen das Land sowieso einen Bodenaustausch vornehmen muss, die Kostenbeteiligung der Versorgungsunternehmen entfällt. Der **Stadtv. Kirsch** äußert daraufhin Bedenken, dass man mit den ursprünglich vorgesehenen 2,2 Mio. Euro nicht auskommt.

S. 69 *„Standesamt“*

Vor dem Hintergrund der Diskussion wegen einer Stellenbesetzung im Kreis Bergstraße erkundigt sich der **Stadtv. Ohi** nach der Rechtmäßigkeit der Aufstockung der Arbeitszeit von zwei Beamtinnen im Standesamt. Ferner möchte er wissen, ob es in der Verwaltung jeweilige Arbeitsplatzbeschreibungen und Stellenbewertungen gibt. **Bürgermeister Maier** teilt mit, dass es für alle Stellen Arbeitsplatzbeschreibungen und Stellenbewertungen gibt. Er bittet darum, diese an die Fraktionen zu geben. **Herr Nickel** merkt hierzu an, dass eine abstrakte Stellenbeschreibung bzw. –bewertung eventuell zur Verfügung gestellt werden könnte. **Bürgermeister Maier** stellt abschließend fest, dass man dies noch einmal prüfen wird. Soweit möglich, können die Informationen an die Fraktionen gegeben werden.

Der **Stadtv. Hahn** erkundigt sich, ob die Fraktionen wieder einen **Waldwirtschaftsplan** bekommen können. Dies wird seitens der Verwaltung zugesichert.

2. **Antrag der CDU-Fraktion auf Wiederaufnahme der kostenlosen Anlieferung von Elektro- und Elektronikgeräten bei den städt. Sammelstellen in Lampertheim-Mitte und im Stadtteil Hofheim**

Der Bericht über die aktuelle Entwicklung zum Themenbereich Abfallbeseitigung ist den Ausschussmitgliedern zugegangen.

Bürgermeister Maier erläutert ausführlich den bisherigen Sachverhalt. Anschließend gibt der **Stadtv. Hahn** zu verstehen, dass es auch in Lampertheim eine Möglichkeit geben muss, um Elektroschrott abzugeben. Er macht den

Vorschlag, dass evtl. der städtische Bauhof ein Fahrzeug bereitstellen könnte, wo die Leute ihren Elektroschrott abgeben können. Die Bauhofarbeiter könnten dann die Sachen nach Bürstadt fahren. Seitens der Verwaltung sollte man sich einmal überlegen, ob eine solche Alternative möglich ist und was dies kostet. **Bürgermeister Maier** äußert Verständnis dafür, dass von den Fraktionen gewünscht wird, dass die Sammelstellen beibehalten werden. Fakt ist jedoch, dass es ein entsprechendes Gesetz gibt, an das sich die Verwaltung zu halten hat. Nach diesem Gesetz ist jetzt der Kreis für das Einsammeln von Elektroschrott zuständig und für die Einrichtung der entsprechenden Sammelstellen. Der **Stadtv. Stöwesand** weist darauf hin, dass er auch schon bei anderen Annahmestellen war (Speyer und Frankfurt). Er zeigt sich erstaunt, dass seitens des ZAKB 14.000 Euro veranschlagt werden, um eine Sammelstelle einzurichten. **Bürgermeister Maier** teilt mit, dass das ZAKB der Verwaltung die Vorgaben gemacht hat, wie eine Sammelstelle einzurichten ist. Der **Stadtv. Stöwesand** möchte daraufhin wissen, wie sich diese 14.000 Euro zusammensetzen. **Bürgermeister Maier** gibt daraufhin zu verstehen, dass es am einfachsten ist, wenn der **Stadtv. Stöwesand** dies direkt beim ZAKB erfragt. In diesem Zusammenhang regt der **Stadtv. Kirsch** an, dass Bürgermeister Maier mit den Verantwortlichen des ZAKB ein Gespräch unter vier Augen führen sollte, um nach Lösungen der Probleme mit dem ZAKB zu suchen.

Auf Anfrage des **Stadtv. Hahn**, ob der ZAKB nicht wenigstens 1 x im Monat Geräte in Lampertheim entgegen nehmen kann, stellt **Bürgermeister Maier** abschließend fest, dass die Rechtslage eindeutig ist und auch das ZAKB seine Auffassung unmissverständlich deutlich gemacht hat.

3. **Vorstellung und Behandlung eingegangener Anträge**

Es liegen keine Anträge vor.

4. **Mitteilungen und Anfragen**

4.1 **Anfrage des Stadtv. Bittner bzgl. der Umsetzung des Antrags des Bündnisses Zukunft Lampertheim auf Veröffentlichung von Sitzungsunterlagen im Internet (STVV vom 15.07.2005, TOP 7.1)**

Der **Stadtv. Bittner** erkundigt sich, was sich mittlerweile wegen der o. g. Anfrage ergeben hat. **Herr Nickel** teilt mit, dass das Sitzungsdienstprogramm intern bereits eingerichtet ist. Am 21. November 2006 findet ein Gespräch mit der Firma ekom statt, bei dem die Internetpräsentation und insbesondere der Zugriff für die Gremienmitglieder angesprochen und bestehende Fragen geklärt werden sollen.

Lampertheim, den 13.11.2006/mt

Der Vorsitzende:

gez. Schmitt
Stadtverordneter

Die Schriftführerin:

gez. Markert